

10
11 **„Weil sie euch gehört...“ - Kommunalpolitische Grundsätze der LINKEN Mecklenburg-**
12 **Vorpommern für die Kommunalwahlen 2019**
13
14

15 **Grundlagen LINKER Kommunalpolitik**
16

17 Die Kommune, das Dorf, die Kleinstadt, die Gemeinde, das Amt, die Stadt oder der Landkreis
18 – dies sind die Orte, in denen Veränderungen beginnen. Hier sind Entscheidungen meist
19 unmittelbar zu spüren, Politik ist ganz nah und kann beeinflusst werden. Einwohner*innen
20 können ihre Interessen artikulieren und gemeinsam und solidarisch können Ideen umgesetzt
21 werden.

22 Wir wollen Kommunen, in denen öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Sicherung auf
23 hohem Niveau gewährleistet werden können. Wohnen, Bildung, Kinder- und Jugendpflege,
24 medizinische Versorgung, Kultur, Sport, soziale Sicherung, öffentlicher Personennahverkehr,
25 Abfallbeseitigung, Abwasserentsorgung, Wasser- und Energieversorgung, Tele- und
26 Breitbandkommunikation, die Gestaltung des baulichen Bildes der Kommune und Förderung
27 der Ansiedlung von Wirtschaft gehören für DIE LINKE zum Kernbereich der kommunalen
28 Selbstverwaltung.

29 Diese gerät in Mecklenburg-Vorpommern durch den demographischen Wandel und eine
30 unzureichende, kommunale Finanzausstattung zunehmend in eine Krise. Eine sachgerechte
31 Aufgabenerfüllung wird für viele Kommunen immer schwieriger. Vor allem freiwillige
32 Leistungen, die die Qualität des kommunalen Lebens wesentlich prägen sollen, bleiben
33 zunehmend auf der Strecke. Kommunalpolitik ist dabei nicht losgelöst von globalen und
34 nationalen Problemlagen: internationale Konflikte, eine neoliberale Globalisierung,
35 zunehmende Kinder- und Altersarmut, der demographische und Klimawandel, Defizite in der
36 Integrationspolitik oder eine erstarkende Rechte, die zunehmend den gesellschaftlichen und
37 politischen Diskurs bestimmt. All dies wirkt sich auf das Leben der Menschen und das
38 politische Wirken in den Kommunen aus. Die sozialen Widersprüche der Gesellschaft
39 vertiefen sich weiter, die Kluft in der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen
40 Lebenssituation zwischen den Menschen wächst – in den Kreisen, zwischen städtischen und
41 ländlichen Regionen, wie auch zwischen Mecklenburg und Vorpommern.

42 LINKE Kommunalpolitik stellt sich diesen Aufgaben und erarbeitet Lösungen.

43 Immer mehr kommunale Entscheidungen gehen auf europäisches Recht zurück. Wir wollen,
44 dass Europa von den Kommunen her gedacht wird. Denn ein bürgernahes und soziales
45 Europa braucht als Garant starke Kommunen. Eine verantwortungsvolle europäische Politik
46 und die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung sind deshalb für DIE LINKE.

47 Mecklenburg-Vorpommern wechselseitige Bedingung.

48 LINKE Kommunalpolitik bewegt sich in einem Spannungsverhältnis zwischen den berechtigten
49 Erwartungen der Menschen und den durch eine falsche Politik auf Landes-, Bundes- und

Europaebene eng gesteckten Grenzen. Entscheidungen dieser Ebenen, die zu Lasten der Kommunen gehen, benennen wir deutlich nach außen.

Bürgerschaftliches Engagement federt an vielen Stellen durch Kommunen nicht mehr zu erbringende oder zusätzlich übertragene Aufgaben noch ab. Wir verstehen dieses Engagement allerdings als Bereicherung des Zusammenlebens und nicht als dauerhaften Ersatz für staatlich zu erbringende Leistungen. Bürgerschaftliches Engagement benötigt deshalb nicht nur eine wirksame Anerkennungskultur, spürbare Akzeptanz und Einbeziehung der Menschen in Entscheidungsprozesse, sondern auch eine finanzielle, materielle und soziale Infrastruktur im Land und in den Kommunen.

Für unsere kommunalpolitischen Mandatsträger*innen gilt es, eine Ausgewogenheit zwischen ihrem parlamentarischen Wirken und außerparlamentarischer Bewegung zu finden. LINKE Kommunalpolitik erschöpft sich dabei nicht in Protest gegenüber dem Wirken anderer Ebenen oder fundamentaler Opposition. Sie braucht zum einen Visionen, die über heutige, angebliche gesellschaftliche „Sachzwänge“ hinausweisen. Zum anderen braucht sie in vertretbarem Maße Kompromissbereitschaft, um den vorhandenen, konkreten Handlungsrahmen auszuschöpfen und Verbesserungen für die Menschen im Hier und Jetzt umzusetzen.

Die Kommunalpolitik der LINKEN in Mecklenburg-Vorpommern fußt daher auf drei grundlegenden Schritten:

1. das Gespräch mit den Menschen vor Ort zu suchen und ansprechbar zu sein, um so Themen und Bedarfe vor Ort aufzunehmen
2. das Ableiten konkreter Handlungsmöglichkeiten im Kontext unseres eigenen Programms, Hand in Hand mit unseren Landtags-, Bundestags- und Europaabgeordneten
3. Erarbeitung von Lösungsvorschlägen mit ganzheitlichem Charakter und konkretem Bezug für kommunale Parlamente und Vertretungen

Grundsätzlich gilt dabei für unser Agieren:

1. eine umfassende und rechtzeitige Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner an kommunalen Vorhaben und eine hohe Transparenz unserer Entscheidungen
2. ernsthaftes Streiten für soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Entscheidungen in den Kommunen
3. Eintreten für die Bewahrung kommunalen Eigentums im Interesse kommunaler Daseinsvorsorge

Gerade in einer globalisierten Welt ist die Kommune eine Konstante für die Menschen. Es ist ihr Zuhause. Sie wissen am besten, was sie brauchen und wollen. Darum müssen sie auch ein Mitspracherecht bei Entscheidungen haben, die direkt vor ihrer Haustür geschehen.

Obwohl die Digitalisierung in aller Munde ist und Lösungsansätze für viele Probleme bieten könnte, wird sie gerade in der kommunalen Praxis stiefmütterlich behandelt. DIE LINKE will dies ändern und wird in allen kommunalen Kernthemen digitale Lösungsansätze mitdenken. Wir wollen für die Menschen greifbar und konkret machen, was Digitalisierung in den einzelnen gesellschaftlichen Bereichen bedeutet.

Die kommunalen Finanzen bilden für uns einen elementaren Kernbereich, der sich genau wie die Digitalisierung auf den gesamten politischen Gestaltungsspielraum auswirkt.

Insbesondere der finanzielle Mangel schränkt die Gestaltungsspielräume in den Kommunen ein. Während einige Kommunen gute ökonomische Entwicklungen durchlaufen, fällt es anderen immer schwerer ihren Pflichtaufgaben nachzukommen. Viele Gemeinden schaffen diese Aufgaben bereits jetzt nur noch über die weitere Aufstockung ihrer Kassenkredite. Vom

99 Erhalt oder Stärkung freiwilliger Leistungen kann vielerorts nicht mal mehr die Rede sein.
100 Vielmehr werden immer mehr Aufgaben auf die kommunale Ebene übertragen, ohne dass
101 eine verbesserte Finanzausstattung solche Übernahmen unterstützt. Wir stehen an der Seite
102 der Kommunen, wenn es um eine bedarfsgerechte Finanzausstattung ihrer Aufgaben geht.
103 Einem Abwälzen sozialer Verantwortung auf die kommunalen Körperschaften ohne
104 ausgleichende Unterstützung anderer Ebenen setzen wir Widerstand entgegen.
105 Bürgerbeteiligung, Digitalisierung und die kommunale Finanzausstattung sind die Grundlagen
106 unseres politischen Wirkens in den Bereichen Wirtschaft, Bau und Wohnen, Bildung,
107 Kindertagesbetreuung, Kinder- und Jugendpflege, demographischer Wandel, Medizin, Pflege,
108 Sicherheit, Antirassismus, Migration, Energie und Mobilität.

109
110 Unsere Zielstellung bleibt: die Menschen an den Entscheidungen in ihren Kommunen zu
111 beteiligen und die Selbstverwaltung zu stärken.

112 **Weil sie euch gehört: Mitsprachemöglichkeiten stärken**

114
115 Das Grundgesetz garantiert Landkreisen, Städten und Gemeinden, „alle Angelegenheiten der
116 örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln“.
117 (Grundgesetz Art 28 Abs. 2)

118 Ein Blick in die Realität zeichnet allerdings ein anderes Bild.

119 Durch die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge wird kommunale Mitgestaltung auf
120 diese eingeschränkt.

121 Gesetze und Verordnungen übergeordneter politischer Ebenen grenzen den
122 Handlungsspielraum der Kommunen ein und bestimmen sie teilweise fremd. Durch rechtliche,
123 ökonomische und politische Rahmenbedingungen wird die Selbstverwaltung zusätzlich
124 erschwert.

125 Im Ergebnis werden die Erwartungen und Wünsche der Einwohner*innen an die kommunalen
126 Entscheidungen oft enttäuscht, was in Politikverdrossenheit, einer geringeren Wahlbeteiligung bei
127 Kommunalwahlen, der Wahl radikaler Parteien oder der Abwendung von der Politik insgesamt
128 führt.

129 Für DIE LINKE ist klar:

131
132 Neben unerlässlichen Rechtsgarantien geht es der LINKEN in der kommunalpolitischen Praxis
133 vor allem darum, Selbstverwaltung im politischen Sinne zu verstehen und zu gestalten. Über
134 kommunale Angelegenheiten sollen die Einwohner*innen im Rahmen der Gesetze maßgeblich
135 selbst bestimmen können. Das bedeutet, Einwohner*innen nicht nur als „Kunden“ des
136 Dienstleistungsunternehmens Gemeinde, Stadt oder Landkreis zu betrachten, sondern vor
137 allem als aktive Mitgestalter*innen des Lebens vor Ort. DIE LINKE unterstützt deshalb das
138 Ziel einer solidarischen Bürgerkommune durch vielfältige Formen der unmittelbaren
139 Mitsprache und Erleichterung direktdemokratischer Verfahren. Die Rechte der kommunalen
140 Vertretungen sind zu stärken. Gerade, weil kommunale Verwaltung zunehmend einer
141 Professionalisierung unterliegt, braucht es als Korrektiv und kreativen Gegenpol das
142 politische Ehrenamt.

143 Die Einwohner*innen, politischen Gremien und Verwaltungen sollen gemeinsam und auf
144 Augenhöhe die Grundsätze der Gemeinde- bzw. Kreispolitik bestimmen. Voraussetzung dafür
145 ist eine transparente, gleichberechtigte und barrierefreie Kommunikation zwischen ihnen.
146 Weiterhin gehören dazu die Erhebung und ein breiter und ungefilterter Zugang zu
147 wesentlichen Informationen, die die Kommune und Arbeit der kommunalen Vertretungen und

Verwaltungen betreffen.

Unsere Ziele:

- eine Erleichterung direktdemokratischer Verfahren auf kommunaler Ebene, z.B. durch die Absenkung der Beteiligungsquoten und Stärkung des Petitionsrechts
- Einsatz verbindlicher Bürgerentscheide in grundsätzlichen, mittel- und langfristigen Planungen und Richtungsentscheidungen
- eine bessere und vergleichbare Erhebung kommunaler Kerndaten und Statistiken als Basis für fundierte Entscheidungen
- einheitlicher, einfacher und barrierefreier Zugang zu Sitzungsterminen, Tagesordnungen, Vorlagen, Ergebnissen von Anfragen und weiteren relevanten Informationen zur Gemeinde, Kreis und Arbeit der Kommunalvertretungen im Internet
- grundsätzlich öffentliche Tagung kreislicher Gremien
- aktive Information der Menschen zu ihren kommunalen Mitwirkungs- und Entscheidungsrechten
- Einrichtung von Jugend- und Seniorenparlamenten
- Stärkung des eGovernment: Behördengänge müssen digital und fernab von Öffnungszeiten möglich sein und flexiblere Unterstützungs- und Beratungsangebote online, als auch wohnortnah bereit stehen

Gekommen, um zu bleiben: Die Digitalisierung des Kommunalen

Genau wie für den Städte- und Gemeindetag, ist auch für DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern die Digitalisierung nicht nur ein kurzzeitiger Hype, sondern die entscheidende Frage für die Entwicklung unserer Gesellschaft und Kommunen. Deutschland fällt in Fragen digitaler Innovationen im weltweiten Vergleich immer weiter zurück. Was es braucht, sind Visionen und Mut, die Digitalisierung als Chance zu begreifen und für unser Leben nutzbar zu machen – auch und gerade in den Kommunen. Es braucht einen kollektiven Zeitsprung der Gesellschaft. Aus der Neugier der Menschen muss über bestehende, feste Strukturen hinaus die Digitalisierung selbst gestaltet und Kompetenz aufgebaut werden können.

Für DIE LINKE ist klar:

Allem voran braucht es einen flächendeckenden Glasfaserbreitbandausbau im Gigabit-Bereich als infrastrukturelle Grundlage. Dabei sind Bund und Land in einer besonderen Verantwortung. Für DIE LINKE gehört ein entsprechender Breitbandanschluss zur Grundversorgung und daher regional in öffentliche Hand. Die Digitalisierung ist aber nicht nur Standortfaktor. Die Diskussion darf nicht bei technischen Fragen stehen bleiben. Die Digitalisierung kann das öffentliche Leben in Fragen von Gesundheit, Bildung, Verwaltung, Verkehr oder Energiewirtschaft grundlegend vereinfachen und umweltverträglicher gestalten – im Hinblick auf den demographischen Wandel und ländlichen Raum nicht zu unterschätzen. Starre, bürokratische Hürden müssen abgebaut und finanzielle Unterstützung von Bund und Land bereitgestellt werden und die Kommunen auch notwendiges Know-How und Vernetzungsmöglichkeiten bekommen. Die Bündelung in einem bundesweiten Kompetenzzentrum wäre eine denkbare Lösung. Solange der Bund seine organisierenden Aufgaben nicht wahrnimmt, müssen Kommunen eigenständig darüber nachdenken, Schritte hin zu Smart Cities und Smart Regions zu gehen und entsprechende innovative und interkommunale Modellregionen zu bilden.

Unsere Ziele:

- Glasfaser als bevorzugte Technologie des Breitbandausbaus
- Breitbandnetze primär in öffentlicher Hand
- Abbau starrer, bürokratischer Hürden und finanzielle Unterstützung digitaler Lösungen durch Bund und Land
- bessere Beratungsangebote für Gemeinden und Städte zum Einsatz digitaler Lösungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge
- Bildung innovativer und interkommunaler digitaler Modellregionen (Smart Cities, Smart Regions) und Abbau von Konkurrenzsituationen, gegenseitigen Blockaden und Egoismen zwischen kommunalen Gebietskörperschaften
- ein hohes Maß an Datenvermeidung, Datensparsamkeit und Transparenz der Datennutzung gegenüber den Einwohner*innen

Dreh- und Angelpunkt kommunaler Selbstverwaltung: Die kommunalen Finanzen

Die aktuelle Haushaltslage in den Kommunen Mecklenburg-Vorpommerns muss differenziert betrachtet werden. Die Schere zwischen armen und reichen Kommunen klappt weit auseinander. Zwar wird immer wieder von sprudelnden Steuereinnahmen dank der guten Konjunktur gesprochen, doch sind diese ungleich verteilt oder kommen nicht immer bei den Kommunen an. Während einige Kommunen prosperieren, herrschen in anderen strenge Konzepte zur Haushaltskonsolidierung, durch die u.a. nicht einmal mehr die Eigenanteile für Förderprogramme aufgebracht werden können. Konsolidierte Haushalte wurden dabei durch einen immer größer werdenden Investitionsstau erkauft. Wichtige Investitionsvorhaben scheitern in einigen Fällen nicht einmal am Geld, sondern an der Umsetzungsfähigkeit. Fehlendes Personal für die Planung und Umsetzung ist das Ergebnis einer Politik des Personalabbaus in den Verwaltungen im Zuge der Kreisgebietsreformen. Durch die angekündigte Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes sollten die Kommunen eine spürbare Verbesserung erfahren. Ein entsprechendes Gutachten sollte Schritte aufzeigen, wie die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen und zwischen den Kommunen selbst neu geregelt werden könnten. Von der angekündigten Reform ist heute allerdings nur ein Reförmchen übrig geblieben. Erst ab 2020 sollen grundlegende Entscheidungen getroffen werden, beispielsweise zu Fragen einer angemessenen und aufgabendeckenden Beteiligung der Kommunen an den Gesamteinnahmen oder eine nachhaltige Stärkung der Aufgaben der zentralen Orte und ländlichen Gestaltungsräume. Bis dahin wird die wirtschaftliche und soziale Infrastruktur in den Kommunen weiter auf Verschleiß gefahren – wie bereits in den vergangenen Jahren. Während sich das Land üppige Finanzpolster anlegt und auf dem Rücken der Kommunen konsolidiert, bleibt tatsächlich spürbare Hilfe für die kommunale Ebene aus. Es braucht nicht mehr Fördertöpfe im Land, sondern mehr Mittel in die Gesamtmasse des Finanzausgleichs. Denn de facto erhalten die Kommunen kein zusätzliches Geld vom Land. Mittel aus den Sonderhilfen der vergangenen Jahre werden nicht einmal in der gleichen Höhe fortgeschrieben. Bestehende Förderprogramme des Landes reichen nicht, den bisher aufgebauten Investitionsstau aufzulösen und überfordern gerade kleinere kommunale Strukturen durch ihre zeitaufwendigen und bürokratischen Beantragungen.

Für DIE LINKE ist klar:

Landeszuweisungen für die pflichtigen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises sind vollständig auszufinanzieren. Die Kommunen müssen sich darüber hinaus auch freiwillige Aufgaben leisten können, seien es Ausgaben für Sport, Kultur oder Jugendarbeit. Sie sind es, die das Leben in den Kommunen lebenswert machen. Es können nicht immer mehr Aufgaben auf die kommunalen Ebenen verlagert werden, ohne sie dafür entsprechend finanziell auszustatten. Das Konnexitätsprinzip muss wieder stärker in den Vordergrund gerückt werden oder anders: „Wer bestellt, zahlt.“

Auch im Bund braucht es eine nachhaltige Gemeindefinanzreform. Dazu wollen wir die bisherige Gewerbesteuer in eine Gemeindegewerbesteuer umwandeln. Die Bemessungsgrundlage wird mit dieser ausgeweitet sowie gutverdienende Selbstständige und Freiberufler*innen einbezogen. Dafür wird der Freibetrag angehoben und die festgesetzte Steuer bei der Einkommenssteuer berücksichtigt. Die Gewerbesteuerumlage soll abgeschafft werden.

Unsere Ziele:

- eine angemessene und aufgabendeckende Finanzausstattung für die Kommunen
- eine stärkere Beteiligung der Kommunen an den Gesamteinnahmen des Landes
- mehr Mittel in die Gesamtmasse des Finanzausgleichs und nicht mehr Fördertöpfe
- Stärkung des Konnexitätsprinzips: „Wer bestellt, zahlt!“
- eine sukzessive Einführung einer kommunalen Investitionspauschale für Städte, Gemeinden und Landkreise
- im Bund eine nachhaltige Gemeindefinanzreform, bspw. durch die Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Gemeindegewerbesteuer
- Abbau bürokratischer Hürden für die Beantragung für Fördermitteln
- Entschuldungsprogramme für die sogenannten Altschulden
- Vereinfachung von Vergaberichtlinien

Wirtschaft: Daseinsvorsorge in öffentliche Hand

Eine Stärkung der politischen Partizipation kann nur gelingen, wenn ein bedarfsgerechtes Mindestniveau an kommunaler Daseinsvorsorge gesichert ist, egal ob es um die Abfallentsorgung, Wasser- und Stromversorgung oder Breitbandnetze geht. Durch privatisierte öffentliche Daseinsvorsorge wird kommunale Mitgestaltung eingeschränkt. Oft regelt der Markt nicht im Sinne der Einwohner*innen den Preis, sondern nur zu Gunsten des Profits der Unternehmen. De facto existierende Monopolstellungen einzelner Anbieter stärken deren Verhandlungspositionen einseitig gegenüber den Kommunen.

Für DIE LINKE ist klar:

Kommunale Daseinsvorsorge muss sich am Leitbild einer sozialen, nachhaltigen, ökologischen, wirtschaftlichen und inklusiven Entwicklung messen lassen. Öffentliche Daseinsvorsorge muss daher an erster Stelle für die Einwohner*innen da sein, nicht für Profitinteressen! Starke, kommunale Unternehmen bleiben damit für die Grundversorgung unentbehrlich. Kommunale Unternehmen wirtschaften nicht zwangsläufig schlechter, als wenn sie privat geführt werden würden. Im Gegenteil, durch die Kommunalisierung steigt die demokratisch legitimierte Kontrolle und Einflussmöglichkeit im Sinne der Einwohner*innen

auf Qualität, flächendeckender Verfügbarkeit, angemessene Gebühren, freien und gleichen Zugang sowie Wohnortnähe des Angebots. Weiterhin kann auf Fragen der Tarifentlohnung und Arbeitsqualität oder des Umwelt- und Gesundheitsschutzes direkter Einfluss genommen werden.

Gerade für den ländlichen Raum unterstützen wir außerdem innovative, privatwirtschaftliche Versorgungsmodelle und Arbeitsformen sofern sie linken Ansprüchen an „gute Arbeit“ genügen.

Unsere Ziele:

- privatisierte Leistungen der Daseinsvorsorge wieder in öffentliche Hand zurück führen
- Einsetzen gegen Privatisierungsbestreben oder Projekte in Öffentlich privater Partnerschaft (ÖPP)
- die Möglichkeit für kommunale Unternehmen, grenzüberschreitende Infrastrukturen und interkommunale Kooperationen bilden zu können
- Stärkung der Angebote für den Übergang von der Schule in den Beruf
- Stärkung regionaler und nachhaltiger Wirtschaftskreisläufe
- optimale Versorgung von Gewerbegebieten mit Breitbandinternet
- neue und arbeitnehmerfreundliche Formen des mobilen Arbeitens und Homeoffice
- die Unterstützung privater und neuer Versorgungsmodelle, wie den smarten Tante-Emma-Laden

Wohnraum und Stadtentwicklung: Für lebenswerte Städte und Dörfer

Die Wohnungslage in Mecklenburg-Vorpommern gestaltet sich differenziert. Einem zunehmend ausgedünnten ländlichen Raum steht Wohnungsknappheit in städtischen Ballungsräumen und in den Urlaubsregionen gegenüber. Besonders an kleinen Wohnungen herrscht Mangel. Gerade in den Städten steigen die Mieten besonders stark. Wohnraum wird mehr und mehr zum Spekulationsobjekt privater Investor*innen und verdrängt finanziell schwache Einwohner*innen aus den Innenstadträumen an die Stadtränder. Im strukturschwachen Regionen belastet Leerstand die Kommunen.

Für DIE LINKE ist klar:

Erhalt und Schaffung von bezahlbarem, bedarfsgerechtem, barrierefreiem und klimafreundlichem Wohnraum stehen für uns an erster Stelle. Unter Hinblick auf den demographischen Wandel muss sich das Angebot dabei an den gegenwärtigen und zukünftigen, generationenübergreifenden Bedürfnissen und Erfordernissen orientieren. Nicht mehr als 30% des verfügbaren Einkommens sollen für Wohnkosten aufgewendet werden müssen.

Gerade kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen kommt daher eine große Verantwortung zu, für eine ausgewogene Stadtentwicklung und soziale Durchmischung Sorge zu tragen. Insbesondere muss für einen angemessenen Anteil von Wohnraum für finanziell schwache und kleine Haushalte gesorgt werden. Um weitere Gentrifizierung, soziale Brennpunkte und Stigmatisierungen zu vermeiden, ist auf eine Verteilung im gesamten Wohnungsbestand zu achten. In den Universitäts- und Fachhochschulstädten muss ein weiterer Fokus auf die Erhöhung der Kapazitäten studentischen Wohnraums gelegt werden.

Unsere Ziele:

- bezahlbarer, bedarfsgerechter, barrierefreier und klimafreundlicher Wohnraum
- Nein zur Privatisierung kommunalen Wohnungsbestands
- Ausbau des kommunalen Wohnungsbestands in Städten mit Wohnungsmangel
- an den tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort und aktuellen Mietspiegeln orientierte Werte in den Richtlinien zu den Kosten der Unterkunft und Heizung
- Unterstützung von Modellprojekten des „Intelligenten Wohnens“ oder Smart Living
- Förderung von Kommunen oder kommunalen Wohnungsunternehmen beim altersgerechten Umbau ihres Wohnungsbestandes
- Erhalt und Entwicklung der städtischen und dörflichen Kerne
- generationenübergreifende Stadt- und Dorfentwicklung, zu der Grün- und Erholungsflächen, Begegnungs-, Spiel-, Sport- und Bildungsangebote gehören
- multifunktionale Dorfgemeinschaftshäuser
- Einbeziehung der Interessen und Sichtweisen von Kindern und Senior*innen bei den Bauleitplanungen
- Lückenbebauung und Nutzbarmachung von Brachflächen vor unnötiger Bodenversiegelung
- Aus- und Umbau sowie Wiedernutzung von Leerstand
- Teilrückbau vor Komplettabriss bei der Notwendigkeit von Abriss in dünn besiedelten Räumen

Gute Bildung ein Leben lang

Die soziale Herkunft prägt die Bildungschancen eines Kindes in Deutschland wie in kaum einem anderen Land Europas. Neben der Kirche ist die Schule gerade in ländlichen Regionen oftmals eines der letzten gesellschaftlichen Zentren. Dabei ist sie aufgrund des demographischen Wandels und Lehrkraftmangels aber vor existenzielle Herausforderungen gestellt. Die Anforderungen an die bauliche und pädagogische Ausstattung sind hoch. Deutschland ist eine Wissensgesellschaft. Die Möglichkeit des lebenslangen Lernens ist in einer immer älter werdenden Gesellschaft mittlerweile elementar.

Für DIE LINKE ist klar:

Wir setzen uns für standortsichere und wohnortnahe Schulen und eine qualitativ hochwertige Bildung für alle Generationen ein. Die Schulen sollen so ausgestattet sein, dass sie unseren Kindern und Jugendlichen ein Lernen in einer angenehmen Unterrichtsatmosphäre und eine umfassende Förderung ermöglichen. Erwachsenen und Senior*innen sollen verlässliche und ihren Bedürfnissen entsprechende Angebote der Erwachsenenbildung geboten werden. Schulträger brauchen langfristige Sicherheit über ihre Schulstandorte, um bauliche Sanierungen planen zu können. Immer mehr Eingangsklassen erfüllen die Vorgaben an Mindestschülerzahlen nicht. Ein Schulsterben in der Fläche und weitere erhebliche Fahrtzeitverlängerungen müssen verhindert werden.

LINKE Ziele:

- Forderung an die Landesregierung, die Schüler*innen-Mindestzahlen in Eingangsklassen zu senken: für 1. Klassen der Grundschulen an Einzelstandorten auf

- 15, an Mehrfachstandorten auf 35, für 5. Klassen der Orientierungsstufen auf 30 Schüler*innen
- Anpassung der Schulbaurichtlinie des Landes, um den digitalen und pädagogischen Entwicklungen und der UN-Behindertenrechtskonvention Rechnung zu tragen
 - Investitionsprogramm für die Behebung baulicher Mängel und erforderliche Schulneubauten
 - Möglichkeit der Bildung von Schulzentren
 - multifunktionale Nutzung von Schulen als kulturelle Zentren, z.B. für Erwachsenenbildung, Musikschulunterricht oder Ausstellungen
 - eine kostenlose Beförderung aller Schüler*innen und Auszubildenden zur Schule und in der Freizeit: in einem ersten Schritt die Forderung ans Land, die vollständigen Kosten der Fahrt zur nicht örtlich zuständigen Schule gegenüber den Landkreisen zu erstatten
 - Erarbeitung von interkommunal abgestimmten Digitalisierungsplanungen für Schulen in öffentlicher Trägerschaft
 - Stärkung der digitalen Bildung, Nutzung von Open Source Software und offen spezifizierter Hardware
 - ein mobiles Endgerät als Teil der Bildungsausstattung für jedes Kind in Form von Leihgeräten in den Schulen
 - die Stärkung der Arbeit und Mitbestimmung von (Kreis-)Schüler- und Elternräten als gleichberechtigte Partner für Verwaltungen und politische Vertretungen
 - Volkshochschulen in kommunaler Trägerschaft, mit flächendeckendem Grundangebot und mit gesicherter Themen- und Methodenvielfalt und sozial verträglichen Tarifen
 - Angebote einer generationenübergreifenden Medienbildung für einen sicheren Umgang mit digitalen Geräten und Medien für ältere Generationen

Kinderfreundliche Kommunen

Die Landkreise und kreisfreien Städte sind verpflichtet, den Rechtsanspruch auf einen KiTa-Platz abzusichern. So entstehen zwar mithilfe des Bundes immer weitere KiTa-Gebäude, allerdings fehlt dafür das notwendige Personal. Der Fachkräftemangel bei den Erzieher*innen in den Kindertageseinrichtungen ist deutlich spürbar. Zusätzlich sind große Unterschiede bei den Platzkosten und damit bei den Elternbeiträgen zu sehen. Die Finanzierung der Kindertagesstätten bedarf einer grundlegenden Überarbeitung durch die Landesregierung.

Für DIE LINKE ist klar:

Die Kindertagesstätten sind Orte der Bildung und Erziehung, in denen Kinder soziale Kompetenzen, Selbständigkeit und Eigenverantwortung erlernen. KiTa-Plätze müssen daher für die Eltern kostenlos sein und durch das Land ausfinanziert werden. Die Schaffung attraktiver KiTa-Angebote und das Vorantreiben einer inhaltlichen Profilierung der Einrichtungen ist für jede Kommune eine Investition in die Zukunft. Um Beruf und Familie besser miteinander vereinbaren zu können, sind KiTa-Angebote mit flexiblen und bedarfsgerechten Öffnungszeiten deutlich auszubauen. Darüber hinaus setzt sich DIE LINKE für eine stärkere Verantwortung der Arbeitgeber*innen für familienfreundliche Arbeitszeiten ein.

Unsere Ziele:

- ein bedarfsgerechtes KiTa-Angebot mit flexiblen Öffnungszeiten
- eine vollständige Ausfinanzierung der Kindertagesstätten durch das Land
- spezielle Förderung kleiner KiTas im ländlichen Raum
- eine den tatsächlichen Gegebenheiten in den Kommunen entsprechende KiTa-Bedarfsplanung des Landes
- ein kostenloses und qualitativ hochwertiges Mittagessen in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen
- die Ausbildung zu staatlich anerkannten Erzieher*innen durch eine Erweiterung der Ausbildungskapazitäten abzusichern
- durch attraktivere Ausbildungsentgelte den Erzieher*innenberuf attraktiver zu gestalten

Kinder-, Jugend- und Schulsozialarbeit erhalten und ausbauen

Die Erwartungen an Kinder und Jugendliche sind vielfältig, die Rahmenbedingungen ihres Aufwachsens jedoch höchst unterschiedlich. Fast jedes dritte Kind bzw. Jugendliche ist von Armut bedroht oder betroffen und damit in seinen Entwicklungsmöglichkeiten beeinträchtigt. Im Rahmen einer umfassenden gesellschaftlichen Verantwortung für Kinder und Jugendliche braucht es existenzsichernde Perspektiven für sie in Mecklenburg-Vorpommern. Einrichtungen der Jugendarbeit können ihre Funktion nur mit einer ausreichenden Anzahl an pädagogisch qualifizierten Fachkräften und Sozialarbeiter*innen erfüllen. Schon jetzt fehlen aber Fachkräfte in allen Bereichen und die Lage spitzt sich weiter zu.

Für DIE LINKE ist klar:

Freizeitangebote, öffentliche Jugendtreffs, Kultureinrichtungen und vieles mehr gehören zur elementaren Daseinsvorsorge. Wir kämpfen für den Erhalt und den Ausbau einer vorsorgenden, fördernden und flächendeckenden Kinder-, Jugend- und Schulsozialarbeit. Diese dürfen sich nicht über die gegenwärtig begrenzten finanziellen Mittel definieren, sondern müssen sich am tatsächlichen Bedarf in den Kommunen orientieren. Dafür brauchen die Mitarbeiter*innen der Kinder- und Jugendarbeit Sicherheit, was ihren Arbeitsplatz betrifft. Mehrjährige Arbeitsverträge müssen Ziel sein. Die derzeitige Pro-Kopf- Förderung muss den realen Gegebenheiten angepasst werden. Nicht nur 10- bis 26-Jährige nutzen die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit, sondern bereits Kinder im Grundschulalter. Deshalb fordern wir eine Pro-Kopf-Förderung für die 6- bis 26-Jährigen. Das Land hat das seit 1997 bestehende Kinder- und Jugendfördergesetz zu novellieren und diesen Gegebenheiten anzupassen. Zudem sind die tatsächlichen Steigerungen für Löhne der Mitarbeiter*innen und andere Preissteigerungen zu berücksichtigen. Ein starres Festhalten des Landes am Betrag von 5,11€ pro Jugendlichem ist überholt und eine Anpassung dringend erforderlich. Nicht nur die Pflichtaufgaben sind zu erledigen, sondern auch die freiwilligen Leistungen verdienen besondere Aufmerksamkeit und eine Mindestabsicherung. Das Land ist in der Pflicht, entsprechende Ausbildungskapazitäten für Fachkräfte vorzuhalten. Landkreise und kreisfreie Städte sollen eigene Ausbildungsmöglichkeiten prüfen und anbieten können.

484 Unsere Ziele:

- 485
- 486 – Erhalt und Ausbau einer vorsorgenden, fördernden und flächendeckenden Kinder-,
- 487 Jugend- und Schulsozialarbeit und deutlich stärkere Beteiligung von Bund und Land an
- 488 der Finanzierung
- 489 – einheitliche Standards in allen Landkreisen
- 490 – mehrjährige Arbeitsverträge für Mitarbeiter*innen der Kinder- und Jugendarbeit
- 491 – Prüfung eigener Ausbildungsmöglichkeiten für Fachkräfte durch Landkreise und
- 492 kreisfreie Städte
- 493 – Pro-Kopf-Förderung für die 6- bis 26-Jährigen und Novellierung des Kinder- und
- 494 Jugendfördergesetzes durch das Land
- 495 – stärkere Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in sie betreffende
- 496 Entscheidungen
- 497 – Stärkung und Förderung von Stadt- und Kreisjugendringen

498

499 **Den demographischen Wandel gestalten**

500

501 Das Durchschnittsalter der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern steigt. Die Zahlen älterer

502 und pflegebedürftiger sowie von Menschen mit Behinderung werden zunehmen und

503 gleichzeitig differenzierte Ansprüche für selbstbestimmte, altersgerechte Lebensentwürfe

504 entstehen. Dabei bleiben viele Senior*innen heute bis ins hohe Alter fit und wollen sich

505 weiterhin engagieren und tatkräftig mit ihrer Lebenserfahrung am Alltag teilnehmen.

506

507 Für DIE LINKE ist klar:

508

509 Die demographische Entwicklung und Anpassung der Gesellschaft darauf muss über den

510 Horizont von Wahlperioden gedacht werden. Der demographische Wandel wird von uns nicht

511 als Kostenfaktor, sondern als Chance begriffen. Wir fordern eine neue Kultur des Alterns und

512 Alters, in der Senior*innen wie alle anderen Menschen ein Recht auf ein selbstbestimmtes

513 und würdevolles Leben haben. Kommunale Infrastruktur- und Wohnraumplanungen sowie

514 Altenhilfe- und Pflegesozialplanung werden sich daran orientieren müssen. Insbesondere die

515 Digitalisierung bietet neue Möglichkeiten, älteren Menschen ein möglichst langes,

516 selbstbestimmtes Leben in ihrem gewohnten Umfeld zu ermöglichen. Ambulante und

517 häusliche haben für uns Vorrang vor stationärer Pflege.

518

519 Unsere Ziele:

- 520
- 521 – bezahlbare, alternative Wohnformen und Pflegeangebote im Alter
- 522 – Unterstützung von Projekten des Ambient Assisted Living
- 523 – Aufbau und Verstetigung unabhängiger, leicht zu erreichender Pflegeberatungsstellen
- 524 – Ausbau des Angebots für Tages- und Kurzzeitpflege sowie Betreuung
- 525 Demenzerkrankter
- 526 – Einsatz digitaler Lösungen zur Unterstützung und Entlastung von Pflegekräften,
- 527 insbesondere von körperlichen und bürokratischen Aufgaben
- 528 – Einsatz auf Bundesebene für eine Erhöhung und bessere Entlohnung von Fachkräften
- 529 in der Pflege

Medizinisch gut versorgt – Überall

Es kommt immer stärker zu einer Schieflage in der Abdeckung mit Allgemein- und Fachmediziner*innen zwischen Stadt und Land. Besonders in ländlichen Regionen finden viele Menschen keinen Hausarzt mehr; gehören lange Wartezeiten oder weite Fahrtwege zur nächsten Niederlassung zum Alltag. Krankenhäuser stehen in starker Konkurrenz um Patient*innen zueinander. Es steht immer weniger die Gesundheit der Menschen, als wirtschaftliche Kennzahlen im Vordergrund. Fortschritte in verschiedenen Bereichen der Medizintechnik finden nur langsam Eingang in den Alltag.

Für DIE LINKE ist klar:

Unser Anspruch bleibt eine wohnortnahe hausärztliche und gut erreichbare fachärztliche Versorgung. Der ländliche Raum kann Innovationsvorreiter bei der medizinischen Versorgung werden. Dazu braucht es ein Umfeld, in dem Krankenhäuser ambulant behandeln, ambulante Versorgungszentren operieren und Praxisräume gemeinschaftlich in „Multiplen Häusern“ genutzt werden können. Bestehende Niederlassungshemmnisse für ärztlichen Nachwuchs im ländlichen Raum müssen auf Landes- und Bundesebene beseitigt werden.

Zur Entlastung der Ärzte tritt DIE LINKE für nichtärztliche Praxisassistenzen und den weiteren Ausbau arztentlastender Dienste, wie VERAH, VERAH-Care oder NäPA ein. Die Telemedizin muss dringend flächendeckend Anwendung finden. Hierzu bedarf es der Vernetzung der Akteur*innen, der systematischen Aus- und Weiterbildung der Anwender*innen, klarer Vergütungsregeln und verbesserten Datenschutzes.

Die stationäre Versorgung ist landesweit in hoher Qualität sicherzustellen. Dazu braucht es auch weiterhin die kommunale Trägerschaft und den Einfluss des Landes auf die Krankenhäuser über die Krankenhausplanung. Rekommunalisierungen sind zu prüfen. Die Digitalisierung hat enorme Fortschritte in der Medizin- und Nanotechnologie gebracht, ebenso in der Werkstoffkunde, Robotik und Pharmazie. Dies muss Eingang in die Krankenhausplanung finden.

Basis aller Entscheidungen muss eine regelmäßige, qualitativ hochwertige und öffentlich einsehbare kommunale Gesundheitsberichtserstattung sein. Der öffentliche Gesundheitsdienst muss darüber hinaus wieder in die Lage versetzt werden, seinen gesetzlichen Auftrag vollumfänglich erfüllen zu können.

Unsere Ziele:

- wohnortnahe hausärztliche und gut erreichbare fachärztliche Versorgung
- Abbau von Niederlassungshemmnissen und Schaffung von Anreizen für Ärzte
- Ausbau medizinischer Versorgungszentren
- nichtärztliche Praxisassistenzen und Ausbau arztentlastender Dienste
- flächendeckender Einsatz der Telemedizin
- Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft
- Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes
- regelmäßige, qualitativ hochwertige und öffentlich einsehbare kommunale Gesundheitsberichtserstattung
- Krankenhausplanung des Landes, in der Fortschritte der Forschung Eingang finden müssen

Ehrenamtliches Engagement stärken

Ohne ehrenamtliches Engagement wäre das Leben in den Kommunen kaum vorstellbar. Auch bei einer sich verändernden Altersstruktur der Bevölkerung besteht weiterhin und gerade in der Fläche das Bedürfnis nach einer ausgebauten Beratungs-, Unterstützungs- und Präventionslandschaft. Die Komplexität der notwendigen Beratungen nimmt dabei zu und deren Bewältigung ist oftmals nur durch das große Engagement ehrenamtlicher Akteure noch gewährleistet.

Auch die Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren leisten einen enormen Beitrag, sei es beim Brandschutz oder bei der Unterstützung des kulturellen Zusammenlebens in den Kommunen. Durch Defizite in der technischen Ausstattung und Ausbildung gerät ihre Einsatzfähigkeit allerdings in Gefahr.

Für DIE LINKE ist klar:

Ehrenamtliches Engagement bereichert das Zusammenleben in den Kommunen, darf aber nicht mehr und mehr staatliche Leistungen erbringen müssen, ohne dafür entsprechend finanziell, materiell und personell ausgestattet zu sein. Das Ehrenamt muss anerkannt, gefördert und, so weit es möglich ist, entlastet werden. Wir unterstützen weiterhin eine vollständig barrierefreie und auf die örtlichen Verhältnisse angepasste Beratungs-, Unterstützungs- und Präventionslandschaft. Die Ehe- und Familien-, Sucht- und Schuldnerberatungen sowie medizinische Betreuungs- und Präventionsangebote müssen den Bedarfen entsprechend ausfinanziert sein. DIE LINKE steht außerdem für den Erhalt von Frauenschutzhäusern und der Beratungsstellen gegen häusliche und sexualisierte Gewalt. Den Feuerwehren ist größtmögliche Unterstützung in der Sicherung ihrer Einsatzfähigkeit zukommen zu lassen, sei es bei der Feuerwehrbedarfsplanung oder technischen Ausstattung

Unsere Ziele:

- Stärkung der Anerkennungskultur und Entlastung des Ehrenamtes
- barrierefreie, bedarfsgerechte und ausfinanzierte Beratungs-, Unterstützungs- und Präventionslandschaft, wie Schuldner- Sucht- und Familienberatungen
- Erhalt von Frauenschutzhäusern und Beratungsstellen gegen häusliche und sexualisierte Gewalt
- Entlastung und Unterstützung des Feuerwehrehrenamtes

Sicher. Tolerant. Weltoffen.

Überall dort, wo sich der Staat aus der Fläche zurückgezogen hat, konnten rechte Kräfte Einfluss gewinnen. Die Flüchtlingsbewegungen der letzten Jahre stellten nicht nur die Behörden vor große Herausforderungen, sondern wurden von rechten Kräften instrumentalisiert, um ihre Ansichten salonfähig zu machen. Wo bereits mangelnde Perspektiven und Möglichkeiten herrschten, fiel rechtes Gedankengut auf fruchtbaren Boden. Insbesondere im ländlichen und Grenzraum herrscht ein generell vermindertes persönliches Sicherheitsempfinden der Einwohner*innen.

Für DIE LINKE ist klar:

Wir setzen uns für weltoffene, demokratische und tolerante Kommunen ein. Auch im kommunalen Alltag, in der kommunalpolitischen Praxis wird DIE LINKE weiterhin fremdenfeindlichen, nationalistischen und neonazistischen Aktivitäten mit aller Entschiedenheit entgegengetreten. Ziel muss es sein, in allen Kommunen wieder ein öffentliches Klima gegen Rechtspopulismus und Neonazismus zu erzeugen. Ihnen kann umso wirkungsvoller entgegengetreten werden, wenn es gelingt, verschiedene lokale Akteure zusammenzubringen und breite lokale Bündnisse zu erreichen. Der Staat muss zurück in die Fläche und die öffentliche Daseinsvorsorge und das Sicherheitsempfinden der Menschen gestärkt werden. Wir benötigen keine weiteren Strukturveränderungen bei den Polizeidienststellen. Nicht die Überwachung der Menschen muss gestärkt werden, sondern die Präsenz von Polizeibeamt*innen in der Fläche. Wir streiten für eine Willkommenskultur, die Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, gleichberechtigt aufnimmt und begleitet. Integration geschieht in den Kommunen. Ohne die ehrenamtliche Arbeit vieler Freiwilliger hätten die Flüchtlingsbewegungen in den letzten Jahren nicht so gut bewältigt werden können. Ihnen gilt unser Dank. Gerade jetzt gilt es aber auch, Geflüchtete und Asylbewerber*innen nicht allein zu lassen, sondern weiter bei der Integration zu unterstützen. Kultureller Austausch und gemeinsame Aktivitäten sind das Format der Wahl, um Ängste und Vorurteile abzubauen und gemeinsam eine funktionierende, kommunale Familie zu bilden, in der Toleranz und Respekt auf allen Seiten herrscht.

Unsere Ziele:

- Förderung und Unterstützung von Initiativen gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus
- Keine weiteren, negativen Strukturveränderungen bei den Polizeidienststellen
- Erarbeitung kommunaler Integrationskonzepte, gemeinsam mit lokalen Hilfsnetzwerken, Agenturen für Arbeit, Verwaltungen, Vereinen, Verbänden, Unternehmen und Religionsgemeinschaften
- Förderung des interkulturellen Austausches

Kulturvolle Kommunen

Die Gemeinden und Städte in Mecklenburg-Vorpommern verfügen über eine reichhaltige Kulturlandschaft mit einer beachtlichen inhaltlichen Breite und schätzenswerten, zahlreichen Kulturangeboten. Die Kultur ist es aber, die dem Rotstift oftmals als erstes zum Opfer fällt, ist sie doch eine freiwillige Aufgabe. Im Wissen um die Bedeutung von Kultur und Kunst für die Persönlichkeitsentwicklung und für die demokratische Verfasstheit der Gesellschaft, muss dieser kulturelle Reichtum geschützt und weiter entfaltet werden – in den Städten, wie auch in den ländlichen Regionen.

Für DIE LINKE ist klar:

Kunst und Kultur sind der kreative Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Sie erzeugt Offenheit und Verständnis für Andere, sorgt für Vielfalt, regt zur kritischen Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Realität an und entwickelt sich zum Innovations- und Wirtschaftsmotor. Kultur ist öffentliches Gut und muss erhalten und

gefördert werden. Dafür benötigen Kulturschaffende nicht nur ein hohes Maß an Erkennung, sondern auch entsprechend Rahmenbedingungen.

Unsere Ziele:

- Erhalt und Entwicklung kultureller Angebote, insbesondere der kulturellen Bildung, wie Musikschulen, Bibliotheken, Theater und Orchester, Kunst- und Literaturhäuser, Museen, Heimatstuben, Archive und Ortschroniken sowie kultureller Initiativen in Vereinen und Verbänden, darin eingeschlossen die der Soziokultur und der Kulturkinos
- Kulturentwicklungspläne mit mehrjährigen Leistungsvereinbarungen und Angaben zu Grundbedarfs- bzw. Sockelbetragsförderungen auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte, damit sich kulturelles Engagement auf Verlässlichkeit, Berechenbarkeit und Nachhaltigkeit stützen kann
- Stärkung der öffentlichen Kultur, Stopp der Privatisierung kultureller Einrichtungen
- der „Kunst am Bau“ muss wieder Beachtung geschenkt werden
- Förderung von Initiativen, die über Preisstiftungen Künstler*innen öffentlichen Raum und Anerkennung geben
- intensive kommunale Bemühungen, um im Rahmen öffentlicher Präsentationen auf Leistungen der in der Kreativwirtschaft Tätigen hinzuweisen
- Eröffnung von Möglichkeiten für öffentliche Galerien und Kunsthäuser, vorhandene Kunstgegenstände im Wert zu erhalten und neue Werke anzukaufen

Für eine dezentrale, demokratisch kontrollierte Energiewirtschaft

Der Klimawandel und menschliche Anteil daran sind nicht zu leugnen. Die Energiewende muss deshalb weiter vorangetrieben werden. Auch Mecklenburg-Vorpommern muss seinen Anteil dazu leisten. Insbesondere der Ausbau der Windenergie und entsprechender Netze stellen große Potentiale in Mecklenburg-Vorpommern dar, sind in der Praxis allerdings nicht frei von Kritik seitens der betroffenen Einwohner*innen. Hinzu kommt, dass die Netzentgelte in Mecklenburg-Vorpommern mit die höchsten in der ganzen Bundesrepublik sind. Bislang werden die Kosten von den Verbraucher*innen getragen, in deren Umgebung erneuerbarer Strom erzeugt wird. Der Energiemarkt wird zudem von wenigen Großkonzernen dominiert.

Für DIE LINKE ist klar:

Wir wollen eine dezentrale Energiewirtschaft und weg von dem Oligopol einiger weniger Konzerne. DIE LINKE unterstützt Stadtwerke, Genossenschaften, Bioenergiedörfer und andere Bürgerenergiemodelle und vertritt die Interessen der privaten Verbraucher*innen. DIE LINKE steht für einen demokratischen, sozial-ökologischen Umbau. Um die Energiewende zu schaffen, muss sich auch Mecklenburg-Vorpommern an ihr beteiligen. Dazu gehören Photovoltaik, Geothermie, Bio- und auch die Windenergie. Dabei folgen wir den Grundsätzen, dass die Menschen und Kommunen, die die Beeinträchtigungen tragen, auch etwas davon haben und demokratische Mitbestimmung bei dezentralen Energiewirtschaftssystemen haben müssen. Wir stehen weiterhin hinter der regionalen Planung. Abweichungen von dieser Planung müssen die absolute Ausnahme bleiben und können nur im Einvernehmen mit der Bevölkerung genehmigt werden. Eine Umzinglung von Ortschaften muss verhindert werden.

Unsere Ziele:

- bezahlbare Wärme und Strom für alle
- Energiewende sozialverträglich und mit Beteiligung der Bevölkerung gestalten
- betroffene Menschen und Kommunen müssen von der Belastung profitieren und demokratische Mitbestimmung bei der Ausweisung von Windeignungsgebieten haben
- Unterstützung von Stadtwerken, Genossenschaften, Bioenergiedörfern und anderen Bürgerenergiemodellen
- dezentrale Projekte vor Großprojekten
- keine Umzinglung von Ortschaften

Mobilität durch Bus, Bahn und Rad

Mobilität ist in einem Flächenland ein Grundbedürfnis, das die öffentliche Hand absichern muss. Besonders in ländlichen Regionen ist das Angebot des Öffentlichen Personennahverkehrs allerdings nicht zufriedenstellend. Viele Menschen sind auf ein eigenes Transportmittel angewiesen, da außer der Schüler*innenbeförderung oftmals kein Angebot mehr besteht. Besonders an Wochenenden und in den Ferien findet überhaupt keine Beförderung statt. Die Fahrt in die zentralen Orte und Nutzung dortiger Dienstleistungen stellt vor zeitliche und logistische Herausforderungen. Schwer verständliche Fahrpläne und undurchsichtige Tarife erschweren die Nutzung des ÖPNV zusätzlich.

Für DIE LINKE ist klar:

Mobilität ist, gerade in einem Flächenland, ein Grundrecht, das dabei mit niedrigst möglichen Umweltbelastungen und niedrigst möglichen wirtschaftlichen Kosten zu gewährleisten ist. Man muss auch ohne ein Auto am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Dieses Grundbedürfnis muss die öffentliche Hand absichern. Es braucht ein einfaches und modernes Tarif-, Auskunft- und Fahrscheinsystem, dass sich nicht mehr an Kreisgrenzen orientiert. Langfristig muss über Modelle der generell kostenlosen Gestaltung des ÖPNV nachgedacht werden.

Unsere Ziele:

- die Stärkung flexibilisierter Beförderungskonzepte, wie Rufbus-, Bürgertaxi- oder breiter genutzt Krankentransportmodelle
- kurz- und mittelfristig Förderung von Sozialtarifen und kostenloser Beförderung von Schüler*innen und Auszubildenden, langfristig ein generell kostenloser ÖPNV
- Kreis- und Ländergrenzen überschreitende Kooperationen zwischen Verkehrsverbünden in Fragen der Tarife und Fahrpläne
- einfache und barrierefreie digitale Tarif- und Fahrplanauskünfte
- bedarfsorientierter Ausbau von Radverkehrsanlagen und der Radwegenetze, u.a. abgestimmte Maßnahmen im Radwegebau, ausreichende Fahrradabstellanlagen und attraktive Fahrradmitnahmemöglichkeiten im SPNV/ÖPNV
- stärkere Nutzung von abgasarmen und -freien Fahrzeugen in den Flotten der Verwaltungen und kommunalen Verkehrsbetriebe